

28.02.2022

Seite 1 von 2

Frau Kirstin Korte
Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

per Mail:

anhoerung@landtag.nrw.de

Stichwort „A15 – Bildung 21. Jahrhundert- 09.03.2022“

Stellungnahme

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Bildung für das 21. Jahrhundert - Aus der Pandemie lernen
Bildung endlich konsequent neu denken
Drucksache 17/16268

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/4857

A15

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, zu dem o.g. Entwurf Stellung zu nehmen. Dem kommt die **GGG NRW** gern nach.

Aus Sicht der **GGG NRW** beschreibt der Antrag in der Analyse der bildungspolitischen, speziell der schulpolitischen Situation in NRW zutreffend die zahlreichen Defizite, die sich im Laufe der letzten Jahre aufgebaut haben. Dies gilt insbesondere für

- die sich immer weiter verschärfende Bildungsungerechtigkeit im Lande,
- die fehlende Bereitschaft, die strukturellen Ungleichheiten im NRW-Schulsystem zu beseitigen,
- die erhebliche Unterfinanzierung des Schulsystems, insbesondere auch hinsichtlich der nicht-gymnasialen Schulformen der Sekundarstufe I,
- die Problematik unzureichender (Fach-)Lehrerversorgung insbesondere an Schulen an herausfordernden Standorten (Stichwort: Sozialindex),
- die Problematik nicht nachhaltiger Versorgung gerade solcher Schulen mit multi-professionellen Teams,
- die fehlende Berücksichtigung der zusätzlichen Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer der Schulen an schwierigen Standorten, etwa durch Verbesserung ihrer Besoldung und durch Reduzierung ihrer Unterrichtsverpflichtung,

- die fehlende pädagogische Freiheit der Schulen, um ihre Schülerinnen und Schüler mit ihren individuellen Stärken und Förderbedarfen angemessen auf den jeweils bestmöglichen Schulabschluss vorzubereiten, und für einiges mehr.

Nicht berücksichtigt sind dabei noch die schulpolitischen Probleme,

- die sich aus dem fehlenden Abschulungsverbot für Realschulen und Gymnasien ergeben, sowohl für die einzelnen betroffenen Schülerinnen und Schüler als auch für die Schulstruktur im Lande insgesamt, und die Probleme,
- die sich aus der Ungleichheit in der Verteilung der Herausforderungen der Inklusion und der Integration von Schülerinnen und Schülern aus Zuwandererfamilien ergeben, insofern, als auch hier die Gymnasien kaum belastet und damit strukturell absolut bevorzugt sind.

All diese von den Grünen zutreffend benannten Probleme harren einer zügigen Lösung im Interesse der Schülerinnen und Schüler wie der Lehrerinnen und Lehrer.

Für nicht wenige der von den Grünen beschriebenen Probleme sind die Lösungen bekannt und fachlich weitestgehend unumstritten, es mangelt lediglich an der Bereitschaft der Landespolitik, die Lösungen in Angriff zu nehmen.

Insofern unterstützt die **GGG NRW** die Forderung der Grünen, mit den Organisationen des Bildungsbereichs das systematische Gespräch zu organisieren, um einvernehmliche Lösungsvorschläge für benannte Probleme zu entwickeln und vorzulegen, für die bisher keine Lösungen entwickelt wurden.

Dies befreit die Landespolitik jedoch nicht von der Aufgabe, bekannte Problemlösungen zügig zu realisieren, etwa durch das Einsetzen hinreichender Haushaltsmittel in den Landeshaushalt – beginnend mit einem Nachtragshaushalt für den Haushalt 2022.

Die Landespolitik ist hier in der Pflicht und sollte nicht versuchen, ihr Handeln durch Warten auf Handlungsvorschläge einer (wie immer genannten) „Bildungskonferenz“ in eine nicht absehbare Zukunft zu vertagen.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.



(Rainer Dahlhaus)
Mitglied im Landesvorstand